Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 157. Dienstag den 10. Juli. 1849.

Berlin, den 8. Juli. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem vormaligen Ober-Landesgerichts-Secretair und Büreau-Chef beim Ober-Landesgericht in Bromberg, Hofrath Sammet zu Thorn, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Küster und Schullehrer Johann Friedrich Braune zu Mildenberg, Regierungs-Bezirk Potsdam, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Se. Durchlaucht der Fürst Adolph zu Bentheim-Tecklenburg-Rheda, ist von Rheda, und der Herzog von Melford, von London hier angekommen. — Se. Excellenz der Staats- und Minister des Innern, Freiherr von Manteuffel, ist nach Barath, der General-Major à la Suite Sr. Majestät des Königs, Graf von Brühl, nach der Provinz Preußen, und Se. Excellenz der Königlich Hannoversche Staats-Minister, Dr. Stüve, nach Hannover abgereist.

Deutschland.

Berlin, den 6. Juli. Der Verein, den die Berlinische Gesellschaft für Deutsche Sprache, Kunst und Alterthum ins Leben gerufen und der sich zur Aufgabe gestellt hat, die Feier des diesjährigen Geburtstags Göthes zu einem Deutschen Nationalfeste zu machen, hat wieder mehrere namhafte Mitglieder aufgenommen, wie z. B. den ehemaligen Justizminister Savigni (Göthes Landsmann), den Geheimenrath Professor von Schelling, den Direktor der Singakademie Rungenhagen u. A. In seiner gestrigen Sitzung hat der Verein einen Aufruf an alle Verehrer Göthes berathen, der jetzt zum Druck gegeben ist.

— Am Sonnabend kam eine Gerichtsverhandlung vor, die viel zu reden gab. Der Herzog von Buqingham wurde als Zeuge vorgeladen und mußte umständliche Details über die Zerrüttung seiner Vermögensumstände eidlich abgeben, wodurch die Verkäufe fürstlichen Mobiliars im vorigen Frühjahr nothwendig wurden. Es erhellte daraus, daß er seine Güter mit 63,000 Pfd. St. Revenüen bei dem Tode seines Vaters mit einer Schuldenlast von circa 6 Millionen Rthlr. Preuß. (900,000 Pfd. St.) übernehmen mußte und daß diese Schulden sich bis 1848 auf beinahe 1,500,000 Pfd. St., also circa 10½ Millionen Rthlr. Preuß., vermehrten.

Berlin, den 7. Juli. Aus dem Hauptquartier Sr. Königl. Hoheit des Prinzen von Preußen, Offenburg, ist vom 5. Juli die Nachricht eingegangen, daß am Tage zuvor Parlamentaire aus Freiburg angekommen, durch welche die Reste von zwei Badener Regimentern, eine reitende Batterie und mehrere Infanterie-Abtheilungen (letztere etwa 500 Mann) ihre Unterwerfung unter die rechtmäßige Regierung anzeigten; auch die Stadt Freiburg selbst hat ihre Unterwerfung erklärt und sollte am 6ten oder 7ten Morgens von den Truppen des ersten Armee-Korps besetzt werden.

Gefechte haben seit dem 30. Juni nicht stattgefunden. Rastatt hatte die Aufforderung zur Uebergabe ohne Bedingungen zwar abgelehnt, doch glaubt man nicht an einen längeren Widerstand.

Berlin, den 8. Juli. Das Militair-Wochenblatt enthält die Allerhöchste Belobigung mehrerer Offiziere und Mannschaften der Garnison Thorn.

„Nachdem mir angezeigt worden, daß sich bei dem Brande des Reduits im Brückenkopfe der Festung Thorn von der Garnison daselbst durch Umsicht, zweckmäßige Anordnungen, Thätigkeit und Unerschrokkenheit bemerkbar gemacht haben: Hauptmann Dornstein, Artillerie-Offizier vom Platz, Premier-Lieutenant Jancke vom Ingenieur-Corps; vom 33. Inf.-Regt.: die Lieutenants von Drygaski, von Wedell I., von Blankenfeld, der Unteroffizier Tallmann, die Musketiere Zipkat und Drews; von der 1sten Artillerie-Brigade der Vice-Feldwebel Dembke, die Kanoniere Muschat, Rischkowski, Jorezick, Wesselowski und Rappel; von dem Pionier-Detaschement: der Unteroffizier Steinwallner und der Gefreite Hohufeld, trage Ich dem General-Kommando auf, die genannten Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten in Meinem Namen zu beloben.

Sanssouci, den 19. Juni 1849.

(gez.) Friedrich Wilhelm. (gegengez.) von Strotha.

An das General-Kommando 1sten Armee-Corps.

Berlin, den 8. Juli. Aus dem Ministerium des Innern ergeht folgendes Cirkular an sämmtliche Herren Regierungs-Präsidenten.

Der §. 28. der Wahlordnung vom 30. Mai d. J. hat mich ermächtigt, den Tag der Wahl der Abgeordneten festzusetzen. Ich bestimme als solchen den 27 Juli d. J. Dieser Termin ist durch die Amtsblätter und außerdem jedem Wahl-Kommissarius bekannt zu machen, auch dafür zu sorgen, daß die formellen Bestimmungen der Wahlordnung überall gleichmäßig zur Anwendung kommen. Hierdurch ist aber Ew. ꝛc. Aufgabe und die Aufgabe der Ihnen nachgeordneten Behörden nicht erschöpft; es liegt Ihnen ob, den Inhalt der Verordnung über die Ausführung der Wahl gegen Mißdeutungen und das Ergebniß der Wahl gegen ungesetzliche Einwirkungen der Partei in Schutz zu nehmen, welche an die von ihr gewünschte Mangelhaftigkeit der Wahl oder an deren erstrebte Vereitelung ihre letzte Hoffnung zu knüpfen scheint. So entschieden eine amtliche Einwirkung auf den Ausfall der Wahlen zu mißbilligen wäre, so gewiß liegt es in dem Berufe der Behörden, jeder falschen Auffassung der Wahlordnung, jeder Verdächtigung ihrer Zwecke und Beweggründe — durch Belehrung und Verständigung — der versuchten Einschüchterung der Wähler aber durch alle gesetzlichen Mittel entgegenzutreten. Diejenigen, welche überhaupt Ordnung und Gesetz aufrecht zu erhalten haben, sind namentlich dafür verantwortlich, daß von dem entscheidungsvollen Wahlakt jeder störende Einfluß fern und dem Willen der Wähler die volle Freiheit bleibe. In dieser Hinsicht empfehle ich besonders die strenge Ausführung des §. 22. a. a. O., welcher in den Wahl-Versammlungen jede Diskussion untersagt und Beschlußnahmen nicht gestattet. Der Wahltermin ist einzig und allein zur Stimm-Abgabe bestimmt, und es muß von denjenigen, welche in ihm erscheinen, vorausgesetzt werden, daß sie zu diesem Zwecke erscheinen. Sollten daher einzelne Wähler, statt zu wählen, in allgemeinen Protesten sich ergehen, so würden sie dadurch die Regeln des Wahlaktes verletzen und als solche, die Unordnung in die Wahlhandlung zu bringen beabsichtigen, denjenigen Maßregeln zu unterwerfen sein, welche der Wahlvorsteher zur ordnungsmäßigen Behandlung des Wahlgeschäfts für erforderlich erachtet. Desgleichen müssen da, wo gewaltthätige Störungen der Wahlen zu besorgen sein möchten, Mittel, ihnen mit Erfolg zu begegnen und dem Gesetze Geltung zu verschaffen, bereit gehalten und erforderlichen Falles mit Nachdruck angewendet werden. Die Regierung Sr. Majestät des Königs ist sich bewußt, frei von allen dem Geiste der Verfassungsurkunde widerstrebenden Tendenzen einen Wahl-Modus verändert zu haben, der den Ausfall der Wahl zu einer Unwahrheit machte, weil er die Mannigfaltigkeit der Lebens-Verhältnisse, die viel getheilte Ungleichheit der Bildung und des Besitzes ignorirte, diese Grundlagen des Volkslebens und seiner naturgemäßen Entwickelung dem Zufall der Kopfzahl und den daran sich knüpfenden unberechtigten Einwirkungen unterordnete. Jener Wahlmodus, hervorgegangen aus einer mächtig aufgeregten Zeit staatlicher Erschütterung, hat dem Lande zweimal eine parlamentarische Wirksamkeit vorgeführt, die nach dem Zeugniß ihrer Erfolge keine Kraft zum Schaffen, aber eine so große Gewalt im Verneinen besaß, daß jetzt die urtheilsfähige Mehrheit über die Unmöglichktit einig ist, auf diesem Wege zur Ruhe und Wohlfahrt des Landes zu gelangen. Jemehr aber eine solche Volksvertretung zur innerlichen Aufreibung und Zerrüttung zu führen drohte, desto mehr wandte sich der gesunde Sinn des Volkes von der früheren Erregtheit zur Besonnenheit und zur ruhigen Erwägung. Es bildete sich ein unverkennbarer Umschwung in der öffentlichen Meinung, welcher vor Allem die Mäßigung wechselseitiger Gegensätze verlangte. Dieses Ziel war nicht zu erreichen, ohne Aenderung des Wahlmodus, und wenn die Regierung diese Aenderung, unter strenger Festhaltung des Wahlrechts für Alle, denen es einmal gewährt war, bewirkt hat, so hat sie einer gebieterischen Forderung der Zeit entsprochen. Weit entfernt, den konstitutionellen Standpunkt zu verleugnen, glaubt sie dadurch den Grund zu einer Volksvertretung gelegt zu haben, die nicht blos die auflösenden, sondern auch die erhaltenden und bildenden Kräfte im Leben des Staats zur Geltung bringen wird. Diese Hoffnung aber und der Zweck der Verordnung würde vereitelt werden, wenn man gestatten wollte, daß die Wahlen unter dem Terrorismus einer aufgeregten Menge vorgenommen und dabei gesetzliche Bestimmungen verletzt würden. Die Behörden werden daher in dieser Beziehung, wie volle Unpartheilichkeit so auch allen Ernst und Nachdruck zur Anwendung zu bringen haben. Es ist kaum zu besorgen, daß diese Gesichtspunkte, so fern sie nur bestimmt und deutlich hingestellt werden, in Ihrem Verwaltungs-Bezirke mißkannt werden möchten. Die Geschichte hat inmitten des Sturmes politischer Leidenschaften nicht stillgestanden, sondern ist ihren großen Gang ruhig fortgegangen; durch sehr traurige Thatsachen hat sie auch den Zweifelnden belehrt, daß der Aufruhr und die methodische Bekämpfung einer starken, ordnungsliebenden Regierungsgewalt, mit welchen scheinbaren Vorwänden man sie auch beschönigen möge, nothwendig zum Verderben führen. Die Entscheidung über die Lebensfähigkeit gewisser extremer Richtungen ist gefällt, und über die Zwecke ihrer Träger und Vertreter waltet kein Zweifel mehr ob; seit sie einen blutigen Krieg in Deutschland entzündet, Fremdlinge als Führer an die Spitze ihrer Streiter gestellt und das Ausland zu Hülfe gerufen haben. Dieses schmachvolle Verfahren hat wenigstens das Gute gewirkt, daß ein verblendeter Theil des Deutschen und Preußischen Volkes aus den Fesseln schwerer Irrthümer befreit und auch bei den Schwankenden das Bewußtsein gegründet ist, daß jetzt alle edlen Männer, alle Freunde des Vaterlandes sich die Hand reichen und um die Grundsteine der Einheit und Ordnung schaaren müssen. Wir Preußen dürfen mit gerechtem Stolze auf eine große Aufgabe hinblicken. Während unser Heer dazu berufen scheint, in den Deutschen Gauen die Bollwerke der Schreckensherrschaft niederzuwerfen, ist es uns beschieden, die ersten Schritte zur Verwirklichung eines einheitlichen Deutschlands zu thun. Wir werden uns dieses Berufs würdig zeigen, wenn wir in Einigkeit und Treue zunächst an den inneren Ausbau unseres engeren Vaterlandes, an die Befestigung derjenigen Autorität des Gesetzes und der vollziehenden Macht, ohne welche keine öffentliche Wohlfahrt denkbar ist, die ordnende Hand anlegen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß eine große Mehrheit der Wähler den Muth dieser Ueberzeugung bei den bevorstehenden Wahlen bethätigen, daß sie in gerechter Würdigung der Lage des Vaterlandes, ohne Rücksicht auf politische Meinungs-Verschiedenheiten, dem Wahlakte ihre volle Theilnahme zuwenden wird. Ich halte dafür, daß eine offene Darlegung der thatsächlichen Verhältnisse und der Absichten der Regierung, wie ich sie vorstehend angedeutet habe, am besten geeignet ist, den Samen des Mißtrauens und der Zwietracht, für welchen Böswillige in dem Wahlakte ein fruchtbares Feld zu finden hoffen, unschädlich zu machen, und ersuche Sie, in der Ihnen geeignet erscheinenden Weise dahin zu wirken, daß die Wahlen zur Verständigung und zum festen Aneinanderschließen derjenigen führen, welche, bei aller Verschiedenartigkeit der Ansichten über die Zweckmäßigkeit der Mittel, dasselbe unverrückbare Ziel vor Augen haben: die feste Begründung gesetzlich geordneter Zustände, die dauernde Sicherung der Wohlfahrt des Vaterlandes.

Berlin, den 7. Juli 1849. Der Minister des Innern.

(gez.) von Manteuffel.

— Wie es heißt, wird der General v. Wrangel auch nach Aufhebung des hiesigen Belagerungszustandes sein Amt als Ober-Befehlshaber der Truppen in den Marken fortführen, und in dieser Eigenschaft seinen Sitz hier noch ferner behalten.

— Das Gerücht von dem Eingehen der General-Postmeister-Stelle, welche Hr. v. Schaper jetzt bekleidet, scheint sich zu bestätigen. Seit der Errichtung des Handelsministeriums, unter dem nun auch das General-Postamt steht, ist dieser Posten überflüssig geworden. Ob Herr v. Schaper zum 1. Oktober d. J. in den Ruhestand sich zurückziehen, oder ein anderes Staatsamt einnehmen werde, ist noch unbestimmt.

— Im Englischen Gesandtschaftshotel wurde gestern die Ankunft des Lord Ponsonby erwartet. Der Lord geht in Begleitung seiner Gemahlin auf seinen vor mehreren Monaten verlassenen Gesandtschaftsposten nach Wien zurück. — Die hiesige Britische Gesandtschaft hat den Tod eines sehr geachteten Mitgliedes ihres Personals zu beklagen. Der ihr beigegebene Cabinetscourier Fricker kam vor einigen Tagen von Warschau zurück und brachte die Cholera mit, von der er zwar geheilt wurde: indeß erlag er doch einem zurückgebliebenen Typhus.

— Privatbriefe aus Baden schildern die Begeisterung, welche sowohl unter den Preußischen, wie unter den Reichstruppen, für Se. K. Hoh. den Prinzen von Preußen, wegen seines leutseligen Benehmens, so wie wegen seiner kühnen und umsichtigen Leitung der Operationen, herrscht. Der Prinz befindet sich bei jedem bedeutenden Gefecht stets an den gefährlichsten Punkten, so daß ihn die Soldaten oft auf die rührendste Weise bitten, sich nicht so großen Gefahren auszusetzen. Daß unter solchen Umständen der beste Geist unter den Truppen herrscht, bedarf keiner weiteren Erwähnung.

— In der zweiten Versammlung des Vereins zur Deutschen Göthefeier am 28. August, welche am Donnerstag stattfand, ward zuerst die Ansprache an die Nation, sich bei dem Feste allseitig zu betheiligen, vorgelesen und einstimmig genehmigt. Diese war von den damit beauftragten Männern August, Diesterweg und Rötscher berathen und entworfen worden. Darauf ward das Programm zur Göthefeier in Berlin vorläufig dahin festgestellt, daß sich die K. Bühne durch die Darstellungen des Götz von Berlichingen, als desjenigen Werkes, mit welchem eine neue Aera für die dramatische Poesie in Deutschland beginne, als Vorfeier, der Iphigenia, und eventualiter des Tasso am Geburtstage selbst betheiligen werde. Der General-Intendant nahm diesmal selbst an den Berathungen des Vereins Theil. Da die Singakademie sich höchst wahrscheinlich durch die Aufführung des Faust mit der Musik von Radziwil an der Feier betheiligen wird, so verzichtete die Bühne auf den Faust, und man entschied sich für ein Werk der eigentlich klassischen Periode Göthe's. Die Rücksicht auf die würdigste Darstellung wird hierbei für das eine oder andere der beiden idealen Schöpfungen maaßgebend sein. Endlich ward noch ein engerer Ausschuß von fünf Personen gebildet, welcher sich den vorbereitenden Arbeiten zu einer gemeinsamen Deutschen Feier unterziehen wird. Auch die Prägung einer Medaille zum Andenken an das Fest steht in Aussicht, woran sich namentlich Cornelius durch einen Entwurf besonders betheiligen dürfte.

Aus Thüringen, den 6 Juli. Eine zweite Zusammenkunft von Deputirten der thüringischen Landtage behufs der Verständigung über die wichtigsten eben schwebenden Tagesfragen fand vom 1. d. M. an in Koburg statt; es sollte die bei der ersten Zusammenkunft aufgestellte Tagesordnung vollends erledigt werden. Erschienen waren dieselben Abgeordneten, die in Gotha anwesend waren; nur Weimar war durch drei andere vetreten. Von Reuß und Schwarzburg war die Zusammenkunft auch diesmal nicht beschickt; doch sprechen von daher eingegangene Zuschriften das lebhafteste Bedauern aus, daß dies nicht möglich gewesen war. Es wurden diesmal vier Sitzungen vom Sonntag bis Dienstag gehalten. Hinsichtlich der thüringischen wurden die in Gotha aufgestellten Sätze näher erörtert und redigirt; im Allgemeinen blieb man bei den früheren Beschlüssen stehen. Als einige neu hinzugetretene nähere

Bestimmungen dürfte nur noch folgende erwähnt werden: die Regierungen der einzelnen thüringischen Staaten sollen bei dem Gesammt-Landtage durch Bevollmächtigte vertreten werden, die unter sich durch einfache Majorität zu entscheiden haben; nur sollen den einzelnen Staaten je nach ihrer Größe 1 — 3 Stimmen zustehen. Die Kompetenz dieser legislativen Gesammt-Organe hat man als bis jetzt auf 15 speziell bezeichnete Gesetze beschränkt angenommen; es soll aber Aufgabe derselben sein, wegen Fortbildung dieses Instituts Vorschläge zu machen, die dann den Einzel-Landtagen und Einzel-Regierungen vorgelegt werden müssen. Als Ort für das erste Zusammentreten dieser Gesammt-Organe wurde Gotha vorgeschlagen. — Der zweite Gegenstand der Tages-Ordnung, die deutsche Verfassungsfrage, wurde mit großer Lebhaftigkeit besprochen. Unter den fünf gestellten Anträgen erhielt folgender, von den Altenburger Abgeordneten eingebrachte die Majorität: „Die Versammelten nehmen für ihr Verhalten in der deutschen Verfassungsfrage die von dem in diesen Tagen zu Gotha stattgehabten Kongreß früherer Parlaments-Mitglieder gefaßten Beschlüsse unter Anerkennung der dafür dargelegten Gründe und unter gleichen Voraussetzungen als maaßgebend an.“ — Die Verständigung hierüber wurde u. A. auch durch den Umstand erschwert, daß die Koburger bereits eidlich auf die Frankfurter Reichsverfassung verpflichtet waren. Doch stimmten sie sämmtlich für den angeführten Antrag, nachdem ihr eigner, jenem übrigens am nächsten stehender Antrag abgeworfen war.

Eckernförde, den 6. Juli. Die Arbeiten mit der Taucherglocke haben sehr erfreulichen Fortgang genommen. Von den 84 Kanonen des Christian VIII. sind etwa 70 bereits geborgen. Mehrere derselben waren noch geladen. Der Besammast ist noch sehr wohl erhalten und kann für die Gefion benutzt werden. Wenn die Kanonen allegeborgen sind, wird man daran gehen, die Schiffsprovisionen, den in Eisen bestehenden Ballast, das sonstige werthvolle Material an Kupfer, Eisen und Holz ans Tageslicht zu fördern. Der Gesammtwerth des Geborgenen und noch zu Bergenden wird von Sachkundigen auf 200,000 Mrk Crt. geschätzt. Mit der Gefion ist noch nichts Wesentliches vorgenommen; ein großer Theil ihrer Kanonen ist, wohl nur vorläufig, anderweitig verwendet worden.

Kiel, den 4. Juli. Die Anleihe zur Deckung des von allen Kommunen zu leistenden Vorschusses für die Verpflegung der Reichstruppen ist von den adeligen Gütern gemeinschaftlich in Hamburg, unter Verpfändung der dem gemeinschaftlichen Fonds gehörigen Obligationen, zu 4 pCt. Zinsen abgeschlossen worden.

Schleswig, den 4. Juli. Aus dem Lager vor Friedericia vom 1. Juli wird gemeldet: „Die Expedition, die schon vor mehreren Tagen unter dem Oberst-Lieutenant von Weyhern nach dem Westen gegangen, ist nirgends auf den Feind gestoßen. Die Stadt Varde war nicht vom Feinde besetzt.“

Vom Norden ist die Nachricht eingegangen, daß General Rye sich eingeschifft habe.

Oldenburg, den 3. Juli. Gestern Abend ist der diesseitige Regierungs-Bevollmächtigte bei der Centralgewalt in Frankfurt, der Oberst Mosle, hier angekommen.

Hannover, den 4. Juli. Ein Corps hiesiger Truppen von 4 Bataillonen und einer halben Batterie, kommandirt von dem Obersten v. Brandis, einem tüchtigen und energischen Offizier, wird sich an der kurhessischen Grenze aufstellen. Die dazu bestimmten Bataillone sind schon in Bewegung nach ihren Bestimmungsorten. Zu welchem Zwecke diese Aufstellung geschieht, darüber hörten wir nichts Bestimmtes. Vermuthlich hängt sie aber mit einer Absicht des Churfürsten von Hessen zusammen, dem Bündnisse der drei Norddeutschen Königreiche beizutreten; und diese Truppenbewegung geschieht gewiß in Uebereinstimmung mit Preußen. Die neuliche Anwesenheit des Churfürsten in der hiesigen Residenz hat wahrscheinlich den Beitritt des Churfürsten zum Norddeutschen Bunde beschleunigt und die Hannoversche Cooperation im Hinblick auf gewisse Eventualitäten festgestellt.

Frankfurt a. M., den 4. Juli. (D. R.) Eine Siegesnachricht nach der anderen läuft vom Kriegsschauplatz hier ein. Das Hauptquartier des Prinzen von Preußen war gestern in Offenburg, die Avantgarde war bis Lahr vorgegangen, rechts ist Kehl von den Preußischen Truppen besetzt, das Peucker'sche Corps dringt unaufhaltsam im Schwarzwalde vor, noch heute werden die ersten Preußen in Freiburg sein, dem zeitweisen Sitze der provisorischen Regierung und der konstituirenden Landes-Versammlung. Mieroslawski hat die Oberbefehlshaber-Stelle niedergelegt, und ist bereits in der Schweiz. In Rastatt kommandiren die ehemaligen Preußischen Artillerie-Offiziere Willich und Anneke, und sie haben dem Parlamentair, der zur Uebergabe aufforderte, die Antwort gegeben, daß sie sich aufs Aeußerste vertheidigen würden: man darf, wenn sie die Mittel dazu haben, an ihrem Willen nicht zweifeln, da sie für das nackte Leben kämpfen. Die aus Freiburg geflohenen Mitglieder der Regierung und der Landes-Versammlung, Brentano, Ziegler und Thibauth, sind in Straßburg. Bei den letzten Gefechten hat übrigens auf preußischer Seite namentlich das Landwehr-Bataillon Iserlohn sehr gelitten. Auch das Bataillon 38ger, welches beim Peuckerschen Korps steht, zählt neuerdings 3 seiner Offiziere zu den Todten.

Frankfurt a. M., den 5. Juli. Das Corps, dessen Oberbefehl Mieroslawski, bevor er in die Schweiz ging, abermals an seinen Vorgänger, den ehemaligen Lieutenant Sigel, abgegeben hat, ist in vollständiger Auflösung begriffen und dürfte schwerlich noch einen ernsten Widerstand wagen können. Struve mit den anderen Häuptern des Aufstandes soll nach Müllheim zurückgegangen sein, und, nach freilich unverbürgten Nachrichten, dort zum Aeußersten gegriffen und die rothe Republik offen proklamirt haben. Von dem Peucker'schen Corps hat man gar keine bestimmteren Nachrichten. Die Aufgabe, welche es gegenwärtig zu lösen hat, den Schwarzwald vollends zu säubern und den Feind von der Würtembergischen Grenze abzuschneiden, dürfte dasselbe höchstens noch mit einigen versprengten Abtheilungen zusammenführen, da das Gros der Insurgenten-Armee ohne Zweifel das Schweizer Gebiet zu erreichen suchen wird. Wahrscheinlich steht es zur Zeit in der Nähe von Donaueschingen.

— Nach einem glaubwürdigen Privatschreiben aus Basel wäre der bekannte Florian Mördes in Folge eines von der Großherzoglich Badischen Regierung bei der Kantonalbehörde eingelaufenen Requisitoriums daselbst zur gefänglichen Haft gebracht worden. Auf seine gegen diese Maßregel erhobene Reklamation, daß er politischer Flüchtling und als solcher das Asylrecht zu beanspruchen befugt sei, ward ihm von der Behörde erwidert, daß seine Verhaftung bewilligt worden, weil er Diebstahl an öffentlichem und Privateigenthum begangen habe, worüber dem Requisitorium die erforderlichen Beweisstücke beilägen. Nach eben demselben Schreiben hatte der Oberbefehlshaber des Badischen Rebellenheeres die Stadt Basel nur berührt, um sich sofort nach Liestall zu begeben. Endlich berichtet noch unser Briefsteller, daß 150 Freischärler von allen Nationen, als Polen, Franzosen, Italiener, Ungarn u. s. w., welche bei Klein-Hüningen die Französische Grenze zu überschreiten sich anschickten, von den jenseitigen Behörden mit Nachdruck zurückgewiesen wurden, hierauf aber von den Baselern entwaffnet und vorerst unter polizeiliche Obhut gestellt worden seien. Die Französische Regierung hat sich nun endlich dazu verstanden, die ihr vom Appellationsgerichte der freien Stadt Frankfurt als oberste Kriminalbehörde angesonnene Auslieferung derjenigen Individuen zu bewilligen, welche an der Ermordung der Abgeordneten Fürst Lichnowski und General Auerswald betheiligt, auf der Citadelle zu Verdun seither in Gewahrsam gehalten wurden. Es sollen ihrer acht oder neun sein, die schon auf dem Transport nach unserer Stadt begriffen sind und daher in Kürze hierselbst eintreffen dürften. Die Zahl der vor die Assisen zu stellenden Inkulpaten wird auf etwa 130 angegeben, und begreift alle diejenigen, die bei den Ereignissen des 18. September v. J. mehr oder weniger betheiligt waren.

Mainz, den 4. Juli. Trotz der günstigen Berichte über die Erfolge der Fürstlichen Truppen auf dem Kampfplatze in Baden, scheint der hier im „Rheinischen Hofe“ wohnende Großherzog Leopold seine Rückkehr nach Karlsruhe noch verschieben zu wollen. Man will wissen, es seien demselben bedenkliche Berichte über die Stimmung in Karlsruhe und Mannheim zugegangen; diese sei, und zwar in der wohlhabenderen Mittelklasse, ihm und seinem Hause eben nicht geneigt, woraus man natürlich auf eine noch entschieden abgeneigtere Stimmung in der arbeitenden Klasse schließen zu müssen glaubt. Ob nun dies wirklich der Grund ist, warum der Großherzog mit der Rückkehr in seine Residenz zögert, mag dahingestellt bleiben; doch wollen wir hierbei nicht unerwähnt lassen, daß man in gut unterrichteten Kreisen davon spricht: der Großherzog werde die Regierung nicht wieder übernehmen. Er habe sich, erzählt man, während eines Souper's bei der verwittweten Großherzogin Stephanie von Baden, die im hiesigen Regierungsgebäude wohnt, entschieden in diesem Sinne ausgespeochen. (K. Z.)

Aus der Pfalz, den 30. Juni. Unter vorstehendem Datum bringt die „Deutsche Ztg.“ noch einige Züge jenes Regiments, dem die Pfalz noch soeben zur rechten Zeit durch das unverzögerte Einrücken der Preußen entrissen worden ist. In Kaiserslautern erklärte Nikolaus Schmitt im versammelten Stadtrath, zu dem er selbst als Mitglied gehörte, als man auf ein Zwangsanlehen von 80,000 Fl. nicht eingehen wollte: „die Herren möchten nicht vergessen, daß er jetzt die Macht habe, ihnen den Kopf vor die Füße legen zu lassen.“ In Frankenstein wurde ein Fuhrknecht von Neustadt, der, den Befehlen seines Herrn gehorsam, die Kanonen der Freischärler um keinen Preis weiter als bis an jenen Ort fahren wollte, ungestraft vom Pferde herabgeschossen. Den katholischen Schullehrer aus Maikommen, der den Muth gehabt, das salvum fac regem in der Kirche zu singen, transportirte man in Ketten, wie den ärgsten Verbrecher, nach Kaiserslautern. Einen protestantischrn Pfarrer in Speyer, der weder den Eid auf die Reichsverfassung geleistet hatte, noch überhaupt in seiner Amtsführung von der bisherigen gesetzlichen Vorschrift abgewichen war, drohte man von der Kanzel herabzuschießen und ein verwegener Bursche hatte zu dem Zwecke bereits geladene Pistolen mit in die Kirche gebracht. In Freinsheim holte eine Bande den katholischen Pfarrer Nachts 10 Uhr ab und transportirte ihn unter den rohesten Mißhandlungen nach Dürkheim, wo ihm bereits, da er sich der Ablegung des Eides beharrlich widersetzte, das Erschießen angekündigt war. Nur die Ankunft der Preußen rettete ihn. In demselben Orte flohen ans Furcht vor ähnlichem Schicksale die meisten besitzenden Bürger, weil sie die Geldbeiträge nicht bezahlt, Nachts ins Freie und verbargen sich lange Zeit in den Kornfeldern, bis die Preußen auf den Höhen erschienen und ihnen das Eigenthum wieder sicherten. In Neustadt führte lange Zeit die Oberherrschaft ein Uhrmacher Weber, der seit Jahren nirgends weniger zu treffen gewesen ist, als in seinem Geschäft. Er suchte mit Hülfe des Frei-Predigers Loose, der zuletzt sich an die Spitze eines bewaffneten Haufens bei Heilbronn gestellt, die Freuden der socialen Republik im vollsten Maße zu verwirklichen. Die unter seinem Protektorat herausgegebenen Kreuzerblättchen sind das Schändlichste, was wohl jemals in der Pfalz die Presse verlassen hat. Das Holz zur Guillotine war bereits zurecht gelegt und 49 Männer von Neustadt als die ersten Opfer für dieselbe bestimmt. Ohne daß noch das Zwangsanlehen von 2 Millionen bis zum vierten Theile erhoben war, hatte man schon wieder eine bedeutende Zwangssteuer angeordnet, die durch das letzte nicht zur Ausgabe gelangte Amtsblatt der provisorischen Regierung Nr. 13 ausgeschrieben werden sollte. Die Opposition der Reichen, welche erst begann, als man an ihren Geldkasten griff, wirkte bei den Männern des Umsturzes nur um so größere Gier und Leidenschaft. Einige Tage noch und es wäre nicht allein unermeßliches Gut verwüstet worden, sondern es wäre auch Bürgerblut in Strömen geflossen. (Unter solchen Umständen ist es wohl natürlich, daß die Pfälzer sich freuen, daß den Preußen ein so rascher Einmarsch möglich war und daß sie nicht länger auf das Anrücken der Baiern warteten.)

Karlsruhe, den 8. Juli, Abends. So eben erscheint hier folgende öffentliche Bekanntmachung: Die Festung Rastatt ist von den Königl. Preußischen Truppen vollständig cernirt. Die Führer der Aufständischen wurden gestern durch einen Königl. Preußischen Offizier aus dem Hauptquartier des Herrn Generallieutenant Gr. v. d. Gröben zu Kuppenheim zur Uebergabe des Platzes aufgefordert, ertheilten aber eine abschlägige Antwort. Der kommandirende General hat nun eine Aufforderung an die Besatzung und Einwohnerschaft von Rastatt erlassen, die Festung auf Gnade oder Ungnade mit Bedenkzeit von 24 Stunden zu übergeben und die Gefangenen auf freien Fuß zu stellen, widrigenfalls die äußerste Gewalt gegen die Festung und Stadt, die bei der vollständigen Cernirung nicht Hülfe von auswärts zu hoffen habe, in Anwendung werde gebracht werden. Diese Aufforderung wurde in gedruckten Exemplaren verbreitet und man sieht daher in kürzester Frist einer Entscheidung in dieser Beziehung entgegen. Mittlerweile sind die Operationen gegen das Oberland rasch vorangeschritten. Das Hauptquartier Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen von Preußen soll gestern in Offenburg gewesen sein. Derjenige Theil des Korps, welcher die Rheinstraße verfolgte, ist bereits gestern um 12 Uhr Mittags in Kehl eingerückt. Der größte Theil des Korps der Reichsarmee ist durch das Würtembergische nach dem Seekreis aufgebrochen und wird von dort aus auch Truppen bis in die Gegend von Lörrach senden. Karlsruhe, den 3. Juli 1848. Großherzogl. Badisches Ministerium des Innern. v. Marschall.

Frudenstadt, den 3. Juli. So eben kommen Preußische Quartiermacher das Murgthal herauf hier an und melden den Durchmarsch von 15,000 Mann, die ohne Zweifel bestimmt sind, über Rottweil ins Badische einzurücken und dem ganzen Badischen Aufstand ein schnelleres Ende zu bereiten. (Wir hören, die Würtembergische Regierung habe den Durchmarsch der Truppen genehmigt.)

Nach einem Briefe von Freudenstadt vom 3. Juli sind an diesem Tage 5000 Preußen daselbst eingerückt. (Schw. M.)

Heidelberg, den 3. Juli. (D. R.-Ztg.) Morgen nehmen hier die Kriegsgerichtssitzungen ihren Anfang. Sie finden im Saale des Museums statt und sind öffentlich. Die beiden Angeklagten, deren Schicksal zuerst entschieden werden soll, sind Trützschler und Stoeck, welch letzterer die unsinnige Beschießung von Ludwigshafen veranlaßt und geleitet hat. Für beide ist keine Gnade zu hoffen, sie werden wahrscheinlich gleich nach erfolgtem Urtheilsspruch erschossen werden.

Vor Rastatt, den 3. Juli. (D. R. Z.) Heute zeigt die schwarze Fahne auf dem Hauptthurme der Stadt den Willen der Besatzung an, sich nicht zu ergeben. Dennoch hofft man, daß innerer Zwiespalt, Mangel an Lebensmitteln und die augenscheinliche Rettungslosigkeit der Insurgenten, zur baldigen Uebergabe führen werden. Bürgerschaft und Badische Infanterie waren schon vor einigen Tagen geneigt, die Thore zu öffnen, die Artilleristen dagegen, 300 an der Zahl, welche sich der größten Verschuldung bei dem ganzen Aufstande bewußt sind, widersetzten sich jeder Kapitulation und nahmen eine so bedrohliche Stellung ein, daß ihr Wille auch nicht durch Gewalt zu beugen war. Sobald das gesammte Belagerungsgeschütz angelangt ist, soll die Beschießung erfolgen. In der nächsten Nacht werden die ersten Schanzen aufgeworfen und morgen glaubt man wenigstens das Feuer an einer Seite eröffnen zu können. Ein Ausfall, der während der Nacht vom 1. auf den 2. versucht wurde, endete sehr übel für die Insurgenten. An 200 derselben, hauptsächlich Franzosen und Polen, wurden bei Iffetzheim in den Rhein getrieben, während der Rest, von 132 meist deutschen Freischärlern, jetzt gefangen in Karlsruhe sitzt. —

Kehl, den 3. Juli. Gestern Mittag ½12 Uhr rückten die Preußen hier ein. Diejenigen, welche ihre Ankunft schon länger erwarteten, hängten weiße Tücher zu den Fenstern heraus, was jedoch von Seite der Republikaner unterblieb. Da letztere in überwiegender Mehrzahl hier sind, so machten die Preußen große Augen, als sie so viele Häuser unverziert sahen. Viele Straßburger hatten sich aus Neugierde hieher begeben, worunter auch mehrere Studenten, die fröhlich im Gasthof zum Schaf beisammen saßen und französische Lieder sangen, was Anlaß zum Befehl zur Vertreibung der harmlosen Sänger gab. Hierbei setzte es Kolbenstöße vom Gasthause durch die ganze Stadt bis an die Rheinbrücke ab, wo noch einer der Studenten durch einen Bajonettstich leicht verwundet wurde.

Oesterreich.

Wien, den 5. Juli. Der Entwurf einer neuen Territorial-Eintheilung Ungarns, welche man jener bei den übrigen Kronländern bestimmten, zu nähern sucht, beschäftigt in diesem Augenblick vorzugsweise das Ministerium. Eine ausgebreitete Telegraphenlinie, mittelst welcher Auge und Hand der Regierung mit Blitzesschnelle über ganz Ungarn sich bewegen, wird das neue Verwaltungs-System vervollständigen, welches an der bereits ins Leben schreitenden Gensd'armerie ein tüchtiges Vollziehungsmittel finden wird. — Ein Gesetz-Entwurf für die Zollangelegenheiten in Verbindung mit einem verbesserten Zolltarif, bildet unter den gegenwärtigen Berathungen des Ministeriums auch einen Hauptgegenstand der bevorstehenden Reformen. — Mit dem kürzlich abgegangenen Hauptschube sind abermals 106 Individuen, meist Ausländer, welche entweder wegen Erwerbs- oder Bestimmungslosigkeit oder nach überstandener Strafe aus Sicherheitsrücksichten für den hiesigen Aufenthalt nicht qualifizirt sind, in ihre Heimath entfernt worden.

Briefe aus Czernowitz melden, daß bis zum 10. Juli neuerdings 8000 Mann K. Ruff. Truppen daselbst erwartet werden. Unter den neu ankommenden Truppen befinden sich auch 600 Baschkiren, deren Jeder außer den Pistolen und Dolchen im Gürtel noch mit einem Langrohr (türkischem Lauf), Yatagan und Armbrust bewaffnet ist.

Prag, den 4. Juli. Dieser Tage fand abermals die Verhaftung mehrerer Studirenden statt. Es wurden dem Vernehmen nach 11 gefänglich eingezogen, sämmtliche Mitglieder des ehemal. cesko-morawské bratestwo (der Czechisch-Mährischen Brüderschaft). Diese Brüderschaft oder vielmehr Burschenschaft soll stark compromittirt sein. Auch wurde ein Commissär nach Dresden abgeschickt, um aus Bakunins Schriften das zu entdecken, was auf die hier beabsichtigte Revolte Bezug hätte. Auch nach Leutomischl ist ein Commissär abgegangen, um die daselbst in Haft befindlichen Individuen gerichtlich zu verhören, die durch ihre Correspondenzen mit den hierorts Inhaftirten nicht wenig compromittirt sind.

— Die Existenz der hundertjährigen Wiener Universität in der inneren Stadt hat als solche entschieden aufgehört, da das alte Universitätsgebäude nun definitiv Kaserne bleiben, und das sogenannte

neue, weil es sich zur Kaserne nicht eignet, für das Departement der Justiz verwendet werden soll. Das Theresianum, die bisherige Ritterakademie, soll in Zukunft die verschiedenen Lehrkörper der Universität in sich vereinigen. Zu diesem Zwecke werden schon Laboratorien für Physik, Chemie und Medicin dort erbaut und Wohnungen für die Professoren eingerichtet. Vom Oktober d. J. an sollen die Vorlesungen über die Rechtswissenschaft, Philosophie, Theologie und theoretische Medicin, die jetzt zerstreut in verschiedenen Vorstadtsgebäuden stattfinden, dort vereinigt werden. Die praktische Medizin wird im Josephinum und der Klinik des allgemeinen Krankenhauses vorgetragen. Die jetzt für die Ritterakademie benutzten Säle, die Räume für gymnastische und Turnübungen rc. werden für die Universität beibehalten.

Preßburg, den 2. Juli. Fast möchte man den gegenwärtigen Kampf ein Wettrennen nennen, wobei die beiden Kaiserlichen Armeeen sich gegenseitig den Vorrang abzugewinnen suchen, welcher von beiden Theilen zuerst in die Hauptstadt Ungarns anlange. Nachdem die aus Raab herausgeschlagenen Magyaren nur mit Mühe bei Acs zum Stehen gebracht und nach kurzem Gefecht mit einem Verlust von 500 Gefangenen über den Haufen geworfen waren, rückte die Oesterreichische Armee unaufhaltsam gegen Pesth vor, hauptsächlich darauf bedacht, die Ungarn von Gran und Waizen abzutreiben. Die A. Z. C. theilt aus Raab einen Bericht eines Militairs mit: an der Waag kam es zwischen den Russen und Ungarn zu einem heißen Kampfe, wobei die Russen ihre Stellung behaupteten. So geht der Feldzug rasch seinem Ende entgegen. Perczel wurde über die Theiß zurückgeschlagen, so daß die Gegend zwischen Donau und Theiß ganz frei von Insurgenten ist. Der Banus hat nunmehr eine Stellung genommen, um auf der einen Seite die Theiß und Donau aufwärts operiren, andererseits dem Cernirungskorps von Peterwardein zu Hülfe kommen zu können, falls es, was nicht unwahrscheinlich, Bem einfallen sollte, die Cernirungslinie zu durchbrechen. Sonderbarerweise weiß man von Bem gar nichts und auch die Nachrichten über Dembinski lauten sehr widersprechend. Das Wahrscheinlichste ist, daß Letzterer sich nach Pesth zurückzog.

Das bei Comorn aufgestellte Armeekorps der Insurgenten lehnt mit dem rechten Flügel an die Donau, mit dem linken an die Waag und scheint mit dem Centrum ein rechtwinkliches Dreieck zu bilden. Unser Observationskorps hat die Position am rechten Donauufer hinter den dortigen Dörfern längs Wäldern und Erhöhungen, in Besitz. Die Hauptarmee ist in raschem Marsche gegen Pesth begriffen und wird sich dort mit den russischen Kolonnen verbinden.

Triest, den 4. Juli. Noch nie hörte man einen solch furchtbaren Kanonendonner von der Lagunenstadt herüber, wie in der vergangenen Nacht. Aus einem Privatschreiben aus Mestre vom 2. d. M. ersehe ich, daß in Folge einer Samstag erfolgten Ordre, der Sturm auf die Eisenbahnbrücke nicht ausgeführt wurde. Vielleicht ist derselbe in der letzten Nacht erfolgt. Der Kanonendonner dauerte von eilf Uhr bis heute früh um fünf Uhr fast ununterbrochen fort.

Dänemark.

Kopenhagen, den 4. Juli. Sonntag Nachmittag ankerte unter dem Donner der Kanonen der Hafen-Batterie Sextus die erste Russische Orlogsbrigg Ulysses auf der Rhede hierselbst. — Die Dänische Fregatte Nymphen bessert ihr Steuerruder aus.

Frankreich.

Paris, den 5. Juli. In der Kammer wurde folgende Depesche verlesen:

Hauptquartier Santucci, den 2. Juli, 10 Uhr Abends. Der G. Kommandant der italienischen Armee an den Kriegsminister: Der Sturm, welcher den 30. Juni auf die Festung stattfand, hat den erwarteten Erfolg. Die römische Munizipalität hatte Anerbietungen, sich zu unterwerfen, gemacht. Unsere Truppen haben die 9. Bastion inne. Die Thore von Paolo Portese und S. Panerazio sind mit geöffnet.

— Die Union macht auf den Geist, der jetzt in dem Elsaß herrscht, aufmerksam. Man wollte den deutschen Republikanern zu Hülfe eilen und sich sogar zu einer Rheinischen Republik einen.(?) In den Versammlungen zu Colmar wurde deutsch gesprochen und der Franzose schien ein Fremder zu sein. Ein Hauptverbrechen in den Augen dieses Blattes ist, daß der Nationalhaß gefallen, und man in dem Menschen nur seines Gleichen sieht. Die Union zieht vor Allem gegen die Einheit Deutschlands zu Felde. Deutschlands Stärke sei Frankreichs Untergang. Man sollte die Politik Ludwigs XIV. befolgen. Die Union ist das Organ des Herzogs von Bordeaux.

Die Dispositionen sind getroffen, daß die Besetzung von Rom in der größten Ordnung stattfindet. Die Disziplin der Soldaten gleicht ihrem Muth.

Paris, den 5. Juli. Gesetzgebende Versammlung vom 5. Juli. Vorsitzender Daru. Die Abstimmung über die verlangte Verfolgung des Abg. Beyer wird angenommen und dieselbe genehmigt. Das Gleiche geschieht rücksichtlich der Abgeordneten Kopp, Anstett, Hoffer und Lourion. Die Tagesordnung führt zur Berathung der Geschäftsordnung. Die an die Kommission zurückgesendeten §§. 101. und 102. haben nun folgende Fassung erhalten: §. 101. lautet: Die Entschädigung hört für jeden Deputirten auf, der ohne Urlaub abwesend ist oder seinen Urlaub verlängert. §. 102. lautet im Wesentlichen: Jeder Deputirte, der in 3 auf einander folgenden Sitzungen dem Namens-Aufrufe nicht antwortet, oder an den Berathungen oder öffentlichen Abstimmungen keinen Theil genommen, wird als ohne Urlaub abwesend angesehen. Die Quästur konstatirt die Abwesenheit durch eine Aufnahme der öffentlichen Abstimmungen oder den Namens-Aufruf, die im Moniteur veröffentlicht werden. (Der übrige Theil des §. bezieht sich auf desfallsige Reklamationeen der Abgeordneten) Beide §§. werden angenommen.

Vom Kap. 12., die Disziplin betreffend werden §. 112—122. angenommen und die Berathung sodann auf morgen vertagt.

— Der Aufenthalt Ledru-Rollins ist immer unbekannt. Es ist jetzt bekannt, daß der Chef des Berges, nachdem er das Konservatoir verlassen hatte, vom Direkteur der National-Museen, Herrn Jeauron, gastlich aufgenommen wurde. Man wollte über Herrn Jeauron dasselbe Schicksal ergehen lassen, als über Pouillet, den Administrator des Konservatoir, der seinen Platz verlor.

— Malleville, früherer Geschäftsträger in Lissabon, soll in außerordentlicher Mission nach La Plata gehen. — Man spricht viel von einem Besuche, den der Herzog von Leuchtenberg mit Bewilligung des Kaisers von Rußland bei seinem Vetter, dem Präsidenten der Französischen Republik, zu machen beabsichtigt. Dieser Besuch soll von aller Ceremonie entkleidet sein und der Herzog nur einige Tage in Paris bleiben. Der Präsident der Republik hat Befehl gegeben, das Haus auf Korsika zu kaufen, in dem sein Großvater geboren wurde und welches die Wiege seiner Familie war. — Die mit der Deportationsfrage beschäftigte Kommission soll sich für das Französische Ostindien als Deportationsplatz ausgesprochen haben. — Ein Architekt soll sich nach Versailles begeben, um das Lokal auszuwählen, in welchem der hohe Justizhof, welcher die Angeklagten vom 13. Juni richten wird, seine Sitzungen halten soll.

— Die Französische gesetzgebende Versammlung hat nun über sich die harten Disciplinarstrafen verfügt. Trotz des heftigen Widerstandes der Linken wurden die vier Strafen: Ordnungsruf, Eintragung in das Protokoll, Tadel und zeitweilige Ausschließung, angenommen.

Großbritanien und Irland.

London, den 2. Juli. Lord John Manners tritt in der City als Mitbewerber um die neu zu besetzende Parlamentsstelle und Gegner des Baron Rothschild auf. Heute hat die Wahl begonnen und ist durch Aufheben der Hände für Letzteren ausgefallen. Die Gegenpartei verlangte aber noch schriftliche Abstimmung, zu welcher nun morgen geschritten werden soll.

— Die City-Wahl hat, wie sich voraussehen ließ, für Lionel Rothschild entschieden. Er erhielt 6619 Stimmen, Manners 3104, also Majorität für Rothschild 3515. Nach der Wahl durchzogen Musikbanden die Stadt. Die große Straße, die nach Guildhall führt, war ausgeschmückt und erleuchtet.

— Die Tories hatten die Absicht ausgesprochen, der Kandidatur des Herrn Rothschild entgegenzuhalten, daß er von der Wählbarkeit ausgeschlossen sei. Diese Behauptung wird vom „Daily news" als unbegründet zurückgewiesen. Die Juden, sagt es, sind durch kein Gesetz oder Statut verhindert, im Parlament zu sitzen. Sie brauchen nur irgend einen von den Eiden zu schwören, welche den Mitgliedern irgend einer religiösen Sekte vorgeschrieben sind. Wenn es ihnen darum zu thun wäre, die eigentliche Streitfrage zu umgehen, so dürften sie nur die römisch-katholische oder presbyterianische Eidesformel annehmen, in welcher die Worte „auf den wahren Glauben eines Christen" nicht vorkommen. Aber Herr Rothschild verschmäht diese Auskunftsmittel; ihm ist es darum zu thun, das große Prinzip der religiösen Duldung, das in seiner Wahl involvirt ist, geltend zu machen.

London, den 3. Juli. Die Times in einem Artikel über die Wahl des Baron Rothschild macht die Lords auf die Gefahren aufmerksam, die mit ihrer Weigerung, den Juden den Eintritt ins Parlament zu gestatten, verbunden sind. „Die Londoner City, sagt sie, wird nicht aufhören, Herrn Rothschild immer aufs Neue zu wählen, so oft das Oberhaus auch die betreffende Bill verwirft. So wird jährlich eine frische Wahl für die City stattfinden, jährlich werden die Londoner Bürger in der Guildhalle zusammenkommen, bis man endlich hier nicht mehr bloß die Wahl des Herrn Rothschild debattiren wird, sondern andere viel wichtigere Dinge, als da sind: die Stellung und der Werth der Pairs als eines konstituirenden Elements der Gesetzgebung, ob es zweckmäßig sei, den Bischöfen länger einen Sitz im Oberhause zu gestatten u. s. w. Liest man den Bericht der gestrigen Verhandlungen in der Guildhalle, so wird man ein wenig an gewisse chartistische Reden, die vor 15 Monaten in der Nähe von John-Street gehalten wurden, erinnert. Aber die Redner sind diesmal nicht hirnverbrannte Mulatten, hungrige und einflußlose Chartisten, sondern Aldermen, Kaufleute, Parlamentsmitglieder. Dies sind bedenkliche Symptome, und wir wünschen, die edlen Lords möchten bei Zeiten davon Notiz nehmen." — Das „Morning-Chronicle" meint, es werde Lord J. Russell nichts Anderes übrig bleiben, als die Judenbill zur Kabinetsfrage zu machen.

— 56 Ungarische Husaren, die von der Piemontesischen Armee kommen, sind in England angelangt, und bewohnen ein kleines Lager bei Folkstone. Dieselben sind durch Frankreich marschirt, ohne die Hoffnung verwirklichen zu können, in ihr Vaterland zurückzukehren, und sich zur Verfügung der Ungarischen Regierung zu stellen.

London, den 4. Juli. In der gestrigen Sitzung des Oberhauses berichtete Graf Ellenborough über die Ansprüche der Pendschab-Armee auf die Beute aus dem Eigenthum der früheren Mahunadscha von Lahore. In einer kurzen Diskussion wurde das Anrecht der Armee auf einen Theil der der Ostindischen Kompagnie zugefallenen Beute allgemein anerkannt. Die Bill über die Rechenschaftslegung der Eisenbahnen ging durch das Comité.

Im Unterhause wurde die Irische Armen-Unterstützungsbill im Ausschuß weiter berathen. Hierauf beantragte Lord D. Stuart die Ernennung eines Komité's zur Untersuchung über die Art und Weise der Abgaben für die Polizei der Hauptstadt, ihre Kosten und die allgemeine Verwaltung ihrer Macht. Er rügte die gefährliche Ausdehnung, welche die polizeiliche Gewalt genommen, und ihre großen Kosten; zugleich erhob er verschiedene Einwände gegen ihren Charakter. Das Haus wies den Antrag zurück. — O'Connor beantragte, daß man sich gewissen „großen Wahrheiten" nicht länger verschließen und die in der „Volkscharte" enthaltenen Grundsätze annehmen möge, d. h. jährliche Wahlen, allgemeines Stimmrecht, Abstimmung durch Ballottement, gleichartige Wahlbezirke, kein Unterschied nach dem Eigenthum und Bezahlung der Mitglieder. Er ließ sich bei der Begründung seiner Motion auf verwandte Theorieen ein, und schloß mit der heiligen Versicherung, daß so lange er lebe, sein Banner die Inschrift führen werde: „Die Volkscharte und keine Ergebung." Der Antrag ward nach mehreren Seiten hin diskutirt, durch Oberst Tompson (der sich jedoch der Bezahlung der Abgeordneten widersetzte), Hume, G. Thompson, Crawford und Fox unterstützt, durch J. O'Connell (der nur rücksichtlich des Eigenthums und Ballottements sich einverstanden erklärte), Strickland, Muntz (obwohl mit einigen Punkten einverstanden) und Campbell bekämpft. Der Letztgenannte bemerkte, O'Connor's Plan würde ein System des Sozialismus im Lande einführen. Lord Russel vertheidigte sich in ähnlicher Weise, wie neulich gegen Hume. Er glaubte nicht, daß man beim allgemeinen Stimmrecht so viel Freiheit wie jetzt genießen werde und daß dasselbe mit dem übrigen Inhalte der Britischen Konstitution im Einklang stehe, er fürchte vielmehr das Gegentheil. Die beantragte Maßregel würde zu großen Gefahren führen. Endlich wurde die Motion mit 222 gegen 13 Stimmen abgewiesen. — Bankes beantragte die Verwandlung des Hauses in ein Komité, um die Bereitung und den Verkauf des Brods mit Rücksicht auf die ärmere Klasse zu berathen und eine Bill deshalb einzubringen. Jedes einzelne Brod soll einen Stempel seines Gewichts tragen. Die Motion wurde angenommen, das Haus konstituirte sich als Komité und beschloß die Einbringung einer Bill.

— Leeds Mercury versichert, daß Lady Lincoln, die Frau des Lords Lincoln, welcher unter Robert Peel Minister war, und Tochter des Schottischen Herzogs Hamilton, zum Katholicismus übergetreten ist.

Spanien.

Madrid, den 28. Juni. Es leidet keinen Zweifel, daß der Gouverneur von Gibraltar, Sir Rob. Gardiner, dessen Zeit abgelaufen ist, wieder zu diesem Posten ernannt werden wird. Er ist sehr beliebt, hat eine große Vorliebe für die Spanier und verträgt sich sehr gut mit dem Span. Gen. Lara: beide besuchen sich häufig und stehen nicht allein in Geschäfts-, sondern auch in freundschaftlicher Verbindung. Die Amnestie-Verfügung hat auch in Gibraltar die größte Freude erregt.

— Nach den neuesten Nachrichten aus Paris hat die Französische Regierung Cabrera und Ametller, die bis dahin in dem Castell von Lamargue gefangen saßen, ihre Freiheit wiedergegeben. Beide schickten sich an, sich nach England zu begeben. — In Uebereinstimmung mit den Französischen Behörden fordert der Spanische Consul in Perpignan, de Tovar, alle ausgewanderte Spanier auf, die sich an der Französischen Grenze oder in dem Dep. der Ost-Pyrenäen aufhalten, sich in seinem Büreau zu stellen, und der Königin Isabella den Eid der Treue zu leisten, widrigenfalls sie weiter in das Innere von Frankreich gebracht werden würden.

— Am 22. besuchten die Infanten in Granado das Lokal des großen Gerichtshofes, der sogenannten audiencia, deren Gerichtsbarkeit sich über die ganze Gegend erstreckt. Das Local desselben ist in der unter Philipp II. erbauten Chancilleria (Canzlei), deren schöne Front allgemein bewundert wird. Die Infantin wurde mit großen Ceremonien empfangen und ihr zu Ehren eine feierliche Gerichtssitzung gehalten, in welcher sie pro forma den Vorsitz führte. Die Infanten nahmen hierauf das Archiv und die übrigen Räumlichkeiten, bis auf die alte Folterkammer, in Augenschein, und wurden in dem Tribunal mit Erfrischungen bewirthet. Seit Philipp V. war kein Spanischer Monarch im Tribunal erschienen. — In Sevilla sind vier schöne Pferde angekommen, welche die Königin ihrer Schwester, der Infantin Donna Luise, zum Geschenk bestimmt hat.

Belgien.

Brüssel, den 2. Juli. Der Minister des Innern hat am 29. Juni der Kammer einen Gesetz-Entwurf für eine allgemeine Lebensversicherungs-Gesellschaft vorgelegt, die unter Garantie des Staats und unter der Leitung der Regierung errichtet werden soll, die den Zweck verfolgt, dem Arbeiter, Künstler und im Allgemeinen allen denen, die von ihrer Hände Arbeit leben, die Mittel zu verschaffen, sich für ihr Alter oder anhaltende Krankheit eine Hülfsquelle zu sichern, um sich nicht genöthigt zu sehen, zur öffentlichen Wohlthätigkeit ihre Zuflucht nehmen zu müssen. Jede Person, die wenigstens 18 Jahre alt ist, kann durch Einzahlungen bei den Steuer-Empfängern sich von seinem 53., 60. oder 63. Lebensjahre an für den Rest seines Lebens eine jährliche Pension von 24 bis höchstens 1200 Franken sichern. Die Beiträge sind monatlich einzuzahlen. Die Frau kann mit Genehmigung ihres Mannes sich selbst eine jährliche Rente für ihr Alter sichern. Um eine jährliche Rente beziehen zu können, muß man wenigstens 10 Jahre lang Beiträge geleistet haben. Im Fall aber, daß ein Arbeiter oder Künstler arbeitsunfähig wird, gelangt er auch früher dazu. Eine Rente, die nicht über 360 Franken jährlich beträgt, kann unter keiner Bedingung mit Beschlag belegt werden. Die einzuzahlenden Beiträge werden in Belgischen Staatspapieren angelegt. — Daß der Gesetzentwurf, wenn auch mit einigen Modifikationen, angenommen werden wird, unterliegt keinem Zweifel, und so wird die Belgische Regierung sich die Ehre erwerben, die erste zu sein, die ein solch wohlthätiges Institut ins Leben ruft.

Brüssel, den 4. Juli. Der Moniteur enthält den Beitritts-Vertrag Belgiens zu dem am 20. December 1841 zwischen Großbritanien, Oesterreich, Frankreich, Preußen und Rußland abgeschlossenen Traktat zur Unterdrückung des Afrikanischen Sklavenhandels.

— Die Repräsentanten-Kammer hat gestern mit 46 gegen 33 Stimmen die Frage über die Universitäts-Stipendien im Sinne des Regierungs-Entwurfs über den höheren Unterricht entschieden. Ein Amendement des Herrn H. von Brouckere, der den Artikel gestrichen wissen wollte, welcher die Staats-Stipendien auch allein den Staats-Universitäten überweist, wurde mit obiger Majorität verworfen. Ein anderes von v. Julliot vorgeschlagenes Amendement, welches alle Staats-Stipendien ganz abschaffen sollte, erhielt nur 2 Stimmen, die der Herren Coomans und von Merode, außer der des Antragstellers. Ein drittes endlich, von Herrn Pierre, der aber selbst nicht einmal anwesend war, wonach die Stipendien von 400 auf 600 Fr. erhöht werden sollten, fand gar keine Unterstützung. Hiermit war die lange Debatte über das Unterrichts-Gesetz so gut als beendet, denn es blieben nur noch transitorische Bestimmungen zu erledigen, mit denen man rasch zu Ende gelangte. Die Independance spricht es mit Genugthuung aus, daß die wahre Unterrichts-Freiheit nunmehr gewährleistet sei. Die zweite Abstimmung über das Gesetz ist auf nächsten Freitag anberaumt.

Niederlande.

Haag, den 4. Juli. Der Minister des Innern giebt den Provinzial-Gouverneuren auf, die Denkmäler von geschichtlichem Interesse mit großer Sorgsamkeit bewachen zu lassen.

Schweiz.

Bern, den 1. Juli. Von Neuenburg ist die Nachricht eingegangen, daß am 26. v. M. oberhalb La Chaux du milieu 3000, aus Frankreich gekommene, an einen Privatmann addressirte Flinten Seitens der Regierung mit Beschlag belegt worden seien. Sie sollen von Reaktionairen bestellt und zu einer Bewegung in Locle bestimmt gewesen sein. Am letztern Ort ist man übrigens — wie die Berner Zeitung sagt — seit längerer Zeit auf einen Aufstand der Preußenpartei gefaßt.

Australien.

Langmail (Süd-Australien), den 11. Januar. Fleißige, arbeitsame Leute haben es nicht zu bedauern, daß sie hierher auswandern und in diesem fruchtbaren Lande durch Ackerbau, Viehzucht, Bergbau und ähnliche Zweige menschlicher Industrie ihr Brod erwerben. Die junge, erst 12 Jahre alte, Colonie zählt gegenwärtig etwa 35,000 Einwohner, unter denen 4000 Deutsche. Nicht weniger günstig, mit Ausnahme des Bergbaues, ist das etwa 150 Deutsche Meilen von hier entfernte, Australia felix, mit den bekannten Orten Port Philipp und Melbourne, desgleichen Neu-Süd-Wales, sammt der bisher noch unbewohnten, von Dr. Leichardt vor einigen Jahren entdeckten, herrlichen Landstrecke im N. W. von Neu-Holland.

Locales ꝛc.

⊙ Jarocin, den 6. Juli. Unterm 4. d. M. ist dem hiesigen Ober-Förster nachstehender Brief zugekommen: Der Waldwärter D. K. zeigt an, daß diese Nacht unter 3 Haufen Durchforstungsstangen Feuer angelegt war. Schaden ist aber dadurch nicht entstanden. In einer vierten Stelle im Dickicht, sind die Stangen umgebogen, mit Moos belegt, und ebenfalls Feuer angebracht, glücklicherweise aber ebenfalls fruchtlos. — Der Sohn des Waldwärters aus Chrzan soll in seinem Revier 5 Räuber mit 1 Flinte, 2 Pistolen und 1 Messer schlafend angetroffen und ihnen die Flinte abgenommen haben, die sie sich heute früh noch vor Sonnenaufgang wieder abholten. — In Stengosz wurden heute Nacht wahrscheinlich von derselben Bande Diebstähle ausgeführt, 2 Wirthe von ihnen tüchtig zerschlagen, und wie man sagt, sollen sie mit Waffen versehen gewesen sein.

† Zerkow, den 4. Juli. Seit undenklichen Zeiten haben wir keinen heftigeren Sturm erlebt, wie heute, welcher uns nicht unbedeutenden Schaden und Unglück herbeiführte; denn es sind auf den Landstraßen nicht nur Bäume mit Wurzeln herausgerissen, sondern auch zwei Scheunen und eine Windmühle wurden umgeworfen, wobei leider sogar auch 2 Menschen, die sich auf der Windmühle befunden haben, ums Leben gekommen sind — Eine dritte Person dagegen hat ihr Leben glücklicherweise durch das schnelle Herunterspringen von der Mühle gerettet.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.
Verantw. Redakteur: C. Hensel.